



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend
über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für
Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt.....	4
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	4
Bürgermeisterwahl in Bernsdorf!	4
Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026	5
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	6
Druckausgabe Blaue Post Bautzen.....	7
Archiv Blauer Rundbrief	8
Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	8
Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag.....	8
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 7.6.2026	9
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.6.2026	11
E-Auto-Zwang durch EU-Bürokratie? Freiheit für unsere Unternehmen!	11
AfD-Antrag: Arbeitspflicht für Asylbewerber wie in Dänemark!	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.6.2026	12
VS-Bericht: Gemäßigtes Auftreten der AfD als Beweis für Rechtsextremismus? Verfassungsschutz macht sich selbst lächerlich!	12
Köpping bestätigt auf AfD-Anfrage entsprechenden Erlass: Für Quarantäne-Verweigerer waren 22 Plätze in der Psychiatrie vorgesehen!	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.6.2026	13
Hausexplosion mit Toten: Wusste die Regierung schon vor der OB-Wahl in Görlitz Bescheid über afghanischen und polnischen Tatverdächtigen?	13
AfD-Antrag: Strafmündigkeit auf 12 Jahre senken!	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.6.2026	14



AfD-Antrag: Junge Menschen für die Landwirtschaft begeistern! „Freiwilligen Landdienst“ einführen!	14
30 % weniger Rentenbeiträge für pflegende Angehörige? Häusliche Pflege stärken statt zerstören!	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.6.2026	15
AfD-Gesetzentwurf: Wälder vor brennenden Windrädern schützen!	15
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	16
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	16
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	17
Positionspapier „So retten wir Deutschland“	17
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken	17
Neuer Rekord bei Firmenpleiten in Deutschland: Unternehmen sofort entlasten!	17
Asylzahlen weiter auf Rekordhoch: Schluss mit der Alimentierung Illegaler!	18
Halbe Milliarde Kosten durch CDU-Masken-Deals? Corona-Affäre lückenlos aufklären!	18
Neuer Erlass von Julia Klöckner: CDU verbietet Schwarz-Rot-Gold am Bundestag!	19
Importierter Hass auf unseren Straßen: Nur die AfD sorgt für Sicherheit!	20
CDU in Panik: Wählerpotential inzwischen bei 35% !	20
Kanzlerin der Herzen: Alice Weidel beliebteste Politikerin	21
Flaggen-Skandal im Bundestag: Welche Fahne ist deine?	22
Migranten-Gang jagt deutsche Mädchen: Kriminelle Ausländer sofort abschieben!	22
CDU für staatliche Zensur: Angriff auf die Meinungsfreiheit stoppen!	23
Milliarden im Müll versenkt: Masken-Affäre sofort aufklären!	24
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt	24
Klöckner verbietet nach außen sichtbare Deutschlandfahnen	24
Sexpuppe in Steinmeiers Amtssitz? Schloss Bellevue zeigt zeitgenössische Kunstwerke	24
Potsdamer Treffen: Ermittler fanden nicht einmal einen Anfangsverdacht	24
Video-Empfehlungen	25
Alice Weidel rechnet mit der kompletten politischen Klasse ab! AfD-Fraktion im Bundestag	25
Informationskanäle der AfD	25
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	25
Radio Klartext	25
Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft	25
NIUS – Die Stimme der Mehrheit	25



Ostdeutsche Allgemeine Zeitung	25
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	25
Regionalgruppen im KV Bautzen	28
SPENDENKONTO	28
KONTAKT:	28

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt

Das Jahr 2026 wird in einigen Bundesländern ein spannendes Wahljahr.

Baden-Württemberg Anfang März war leider kein Vorbild. Richtungsweisend werden die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (20.9.2026) und in Sachsen-Anhalt (6.9.2026).

Wir als Kreisverband Bautzen wollen vor allem den Wahlkampf im benachbarten Sachsen-Anhalt unterstützen. Wer Interesse hat, mal einen Tagesausflug mit uns zu machen und beim Verteilen von Flyern zu helfen, kann sich gerne bei uns melden.

Bei genügend Interesse werden wir einen Bus mieten und gemeinsam nach Sachsen-Anhalt fahren. Bitte geben Sie uns unter info@afdbautzen.de Bescheid, ob Sie Interesse haben und in welchem Zeitraum.

Auf der Webseite www.vision2026.de kann man sich auch selbst anmelden, wenn man z. B. einige Tage länger in Sachsen-Anhalt bleiben will.

Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Bürgermeisterwahl in Bernsdorf!

Nachdem im ersten Wahlgang der Kandidat der Freien Wähler nur knapp die absolute Mehrheit verpasste, werden die Bernsdorfer nun am 28.06.2026 zu einem zweiten Wahlgang an die Urnen gerufen.

Das Brisante, offenbar versucht nun die CDU, die AfD-Wähler auf ihre Seite zu ziehen. Absurder geht es kaum, denn die CDU trägt die Hauptverantwortung für das Debakel, das wir in Deutschland sehen, Migrations-, Energie- und Wirtschaftskrise. Nun zu hoffen, dass die AfD-Wähler der CDU ihre Stimme geben oder AfD-Politiker gar eine Wahlempfehlung für die CDU geben, ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten.

Der zurückgezogene AfD-Kandidat bleibt gelassen und sagt, die Menschen mögen bei der Wahl ihren gesunden Menschenverstand nutzen.

Mein gesunder Menschenverstand zumindest sagt: "Nie wieder CDU!"

Karsten Hilse, MdB

10. Juni 2026

<https://web.telegram.org/k/#@karstenhilsepolitiker>

SÄCHSISCHE SZ DE

Bewerber treten an



Mit dem Verzicht von Lutz Härtner (AfD) wird aus dem Kandidaten-Quartett für den zweiten Wahlgang der Bürgermeisterwahl ein Trio. Dazu gehören: Michael Große (unabhängig/oben links), Thomas Halnk (CDU/unten links) und Frank Jurisch (Freie Wähler/BKC).

Quelle: Ralf Grunert / privat / Montage Thomas Mielke

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.



Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!

Letzter Termin 2026:

19./20. November 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)
(jeweils Donnerstag und Freitag)

Anmeldung:

Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:**
karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)
- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Mo	15.06.2026	19.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	STAMMTISCH der Regionalgruppe Bautzen mit Jörg Urban
Mo	15.06.2026	19.00 Uhr	Ratskeller Pulsnitz Am Markt 2 01896 Pulsnitz	STAMMTISCH der AfD-Fraktion im Stadtrat Pulsnitz Gast: Doreen Schwietzer, MdL
Do	18.06.2026	19.00 Uhr	Restaurant "Zum Hirsch" Dresdener Str. 5 02633 Göda	AFD-FRAKTION SACHSEN VOR ORT Was Sachsen braucht! mit Jörg Urban und Frank Peschel
So	21.06.2026	ab 12.00 Uhr	Uhlig Mühle Sachsenring	VOLKSPOLITIKERTREFFEN mit Mike Moncsek www.volkspolitiker.de
Sa	27.06.2026	11.00 Uhr	Ocean Beach Bar am Stausee Bautzen	VOLLEYBALLTURNIER der Generation Deutschland, Landesverband Sachsen Anmeldung (als Team oder Einzelperson) an: volleyball@generationsachsen.de
Di	30.06.2026	18.30 Uhr	Havanna Bar des Tomogara Ryu e.V. Bautzner Str. 122 01917 Kamenz	REGIONALGRUPPENTREFFEN KAMENZ "Neustart für unsere Region" mit Wahl eines neuen Regionalgruppenvorstandes Gast: Karsten Hilse, MdB
Di	30.06.2026	19.00 Uhr	Friesenhof Altlingenau 16 01445 Radebeul	BUNDESTAGSFRAKTION vor ORT mit den MdB's Christian Reck und Thomas Ladzinski und MdL Frank Peschel



Do	02.07.2026	15.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoeffer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL mit gemütlichem Beisammensein und Grillen
Do	02.07.2026	19.00 Uhr	Flair Hotel Weststr. 10 - 12 01917 Kamenz	BUNDESTAGSFRAKTION vor ORT mit den Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse, Maximilian Krah und Matthias Rentzsch
Sa	04.07.2026	18.00 Uhr	Kulturhaus Laubusch Hauptstr. 10 02991 Lauta OT Laubusch	FILMVORFÜHRUNG "Nur ein Piks" Gäste: Marko Winter, MdL und Mitglied im Corona-Untersuchungsausschuss sowie Frank Peschel, MdL
Mo	13.07.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	14.07.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	15.07.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Fr	24.07.2026	19.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	JUGEND-STAMMTISCH der Generation Deutschland APEROL-ABEND Gast: Karsten Hilse Anmeldung unter: nicole.scharpe@afdbautzen.de

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:
www.afdbautzen.de

Druckausgabe Blaue Post Bautzen

Einmal im Quartal gibt es die Druckausgabe unserer Kreisverbandszeitung.
Für alle, die lieber online lesen oder keine im Briefkasten hatten (wir freuen uns immer über Unterstützung bei der Verteilung) geht es hier zur Version zum Herunterladen:
<https://afdsachsen.de/blaue-post-bautzen-ausgabe-april-2026/>

Archiv Blauer Rundbrief

Lesen Sie hier ältere Ausgaben des Blauen Rundbrief:

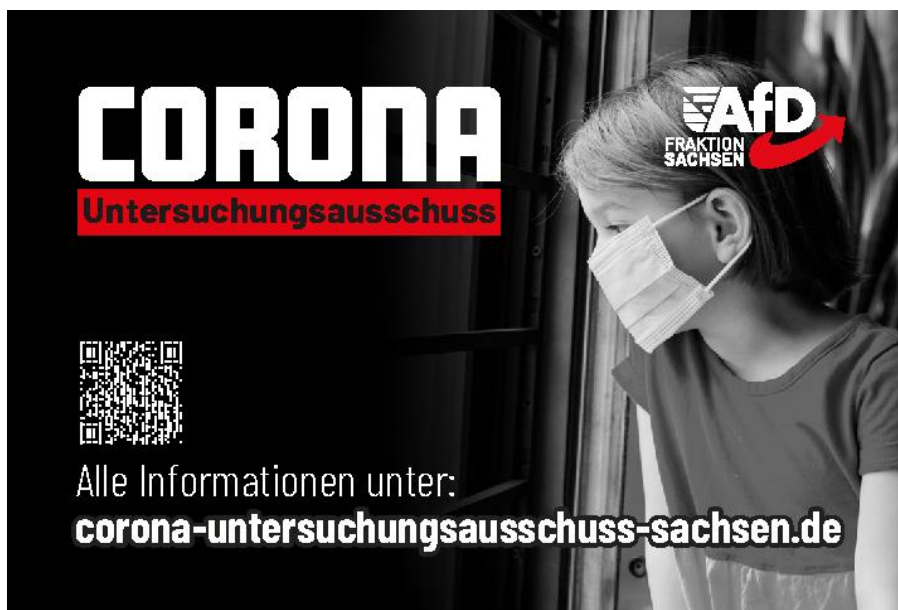
<https://afdsachsen.de/blauer-rundbrief-des-afd-kreisverband-bautzen/>



Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag

Hier finden Sie alle Informationen:



Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 7.6.2026

Liebe Freunde, liebe Leser,

überraschenderweise hat die Bundesregierung vor wenigen Tagen verlauten lassen, es öffne sich jetzt ein „Fenster für Gespräche der europäischen Seite mit Russland“.

Trotzdem konnte es der außenpolitische Sprecher der CDU, Jürgen Hardt, nicht unterlassen, meine AfD-Kollegen aus dem Bundestag und mich als „dumm“ zu beschimpfen, weil wir nach St. Petersburg zum Internationalen [Wirtschafts](#)forum geflogen sind.

Die Gespräche mit Russland sind selbstverständlich überhaupt nicht dumm. Sie dienen nationalen Interessen. Deutschland braucht günstiges Gas und Öl aus Russland. Und Deutschland kann auch nur dann zu einem Frieden in der Ukraine beitragen, würde Friedrich Merz mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin sprechen.

Für US-Präsident Donald Trump ist das eine Selbstverständlichkeit. Für Friedrich Merz leider bisher nicht. Das ist nun tatsächlich „dumm“. Genauso „dumm“ ist es von der NATO, ausgerechnet jetzt zwei Wochen lang in der Ostsee mit mehr als 6.000 Soldaten Kriegsübungen durchzuführen.

Das sogenannte „Baltops“-Manöver kann Russland nur als Provokation interpretieren. In der Vergangenheit übte die US-Marine nur 37 Kilometer von der russischen Küste entfernt. Man stelle sich das einmal umgekehrt vor, würde die russische Marine 37 Kilometer vor Washington aufkreuzen.

Während die westlichen Staaten also weiter Signale der Eskalation senden, bin ich sehr froh, dass neben uns etliche deutsche Unternehmer in St. Petersburg waren. Die damit verbundene Botschaft ist klar: Wir wollen die guten [wirtschaftlichen](#) und kulturellen Beziehungen zu Russland reaktivieren.

Man muss es dem ehemaligen SPD-Kanzler Willy Brandt hoch anrechnen, dass er 1970 zu einem Zeitpunkt, als die Berliner Mauer noch gar nicht so alt war, eine Neue Ostpolitik einleitete und mit der damaligen Sowjetunion trotz ideologischer Differenzen Gasgeschäfte abschloss. Von diesen Gaslieferungen profitierte Deutschland bis vor wenigen Jahren und wir werden sie auch in Zukunft brauchen.

Eine enge Partnerschaft im Rahmen einer Erneuerung dieser Ostpolitik hat für uns jedoch noch viele weitere Vorteile. Laut Umfragen der Industrie- und Handelskammern gehört Russland zu den Top 3 derjenigen Länder, bei denen sich sächsische Unternehmen eine Unterstützung ihrer Auslandsaktivitäten wünschen.





Um genau diese Wünsche zu erfüllen, beteiligte sich der Freistaat Sachsen bis 2021 an etlichen Messen in Russland und organisierte Unternehmerreisen. Ebenso gab es intensive Kooperationen in der Wissenschaft, Kultur, Kunst und Bildung.

Unsere sächsische AfD-Fraktion schlug bereits 2020 vor, diese Zusammenarbeit zu intensivieren. Unter anderem beantragten wir die Einrichtung einer sächsisch-russischen Wirtschaftsplattform, Visa-Erleichterungen und den Aufbau von Verbindungsbüros in Moskau und unseren russischen Partnerregionen, zu denen unter anderem St. Petersburg zählt.

Aufgrund dieser etablierten Regionalpartnerschaft besuchte der frühere sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich im Jahr 2017 die Rohstoffkonferenz in St. Petersburg. Zudem reiste der aktuelle Ministerpräsident Michael Kretschmer im Jahr 2019 zum Internationalen Wirtschaftsforum nach St. Petersburg.

Der Abbruch dieser Beziehungen durch die CDU war ein schwerwiegender Fehler. Wie wir inzwischen wissen, hat die Boykothaltung der deutschen Seite und der unsinnige Verzicht auf Energielieferungen das Sterben in der Ukraine auch nicht beenden können. Denn die Voraussetzung für eine friedliche Lösung dieses Konflikts ist nun einmal an erster Stelle Gesprächs- und Kompromissbereitschaft.

Diese Gesprächsbereitschaft zu zeigen, ist auch die Grundlage dafür, dass unsere Unternehmen in Zukunft wieder nach Russland exportieren können. Die Bundesrepublik Deutschland wäre wirklich „dumm“, die ausgestreckte Hand Russlands auszuschlagen.

Wenn Deutschland nicht mit Russland zusammenarbeiten will, werden andere Staaten die gigantischen Möglichkeiten und Chancen dieses riesigen Landes nutzen. Dass Saudi-Arabien Ehrengast auf dem diesjährigen Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg ist, sollte der Bundesregierung nach dem Desaster um den UN-Sicherheitsrat zu denken geben.

Ein international isoliertes Deutschland ist ein schwaches Deutschland.

Deutschland kann nur dann stark sein, wenn es Partnerschaften in alle Himmelsrichtungen pflegt und auf freien Handel setzt. Aus diesem Grund müssen die Russland-Sanktionen aufgehoben werden.

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/russland-ist-ein-sehr-wichtiger-partner-fuer-uns/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.6.2026

E-Auto-Zwang durch EU-Bürokratie? Freiheit für unsere Unternehmen!

Der EU-Ministerrat berät heute, ob Unternehmen per Quote zur Anschaffung von E-Autos de facto gezwungen werden sollen. Die Regelung würde ab 2030 greifen. Bereits ab 2028 soll es den EU-Staaten untersagt werden, den Kauf von Verbrennern finanziell zu unterstützen.



FREIHEIT für unsere Unternehmen!



Handwerker, Speditionen, Zulieferer und Autokonzerne laufen laut BILD „Sturm gegen die geplante Verordnung der EU“. Sie befürchten erhebliche Mehrkosten.

„Die Europäische Union reguliert unsere Unternehmen zu Tode“, kritisiert der [wirtschaft](#)spolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Frank Peschel. „Beispiele dafür sind das Lieferkettengesetz, die EU-Entgelttransparenzrichtlinie und die gesamte [Klima](#)-Plan[wirtschaft](#), die unter Ursula von der Leyen (CDU) entstanden ist und immer weiter ausgebaut wird.“

Jeder Unternehmer darf meinetwegen gern Elektrofahrzeuge für Mitarbeiter anschaffen. Falsch ist es aber, einen Zwang einzuführen. Es muss auch die Möglichkeit geben, einen alten Transporter zu

nutzen, solange er fährt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/e-auto-zwang-durch-eu-buerokratie-freiheit-fuer-unsere-unternehmen/>

AfD-Antrag: Arbeitspflicht für Asylbewerber wie in Dänemark!

Im Sozialausschuss des Sächsischen Landtags steht heute der AfD-Antrag zur Einführung einer Arbeitspflicht für Asylbewerber auf der Tagesordnung ([Drs. 8/4946](#)). Vor allem sollen sie zu haus[wirtschaft](#)lichen Tätigkeiten in den Asylunterkünften herangezogen werden – also „Kochen, Waschen, Putzen“, wie es im Antragstitel heißt.

Dazu erklärt der migrationspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Jonas Dünzel:

„Wie AfD-Anfragen ergeben haben, müssen Asylbewerber nur in Ausnahmefällen arbeiten. Das muss sich ändern. Statt einen Putzdienst zu engagieren, ist es den Asylbewerbern zuzumuten, ihre Unterkünfte selbst zu reinigen.“

Wir fordern deshalb die Regierung dazu auf, Paragraph 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes konsequent umzusetzen und sich dabei an Dänemark zu orientieren. In Dänemark erhalten Einwanderer nur dann Sozialleistungen, wenn sie mindestens 37 Stunden pro Woche arbeiten.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-arbeitspflicht-fuer-asylbewerber-wie-in-daenemark/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.6.2026

VS-Bericht: Gemäßigtes Auftreten der AfD als Beweis für Rechtsextremismus?

Verfassungsschutz macht sich selbst lächerlich!

Das Landesamt für Verfassungsschutz attestiert der AfD Sachsen, „ein eher gemäßigteres Bild abzugeben“. Dennoch wurde die Partei im neuen Verfassungsschutzbericht erwähnt.



Verfassungsschutz moniert
Kritik an korrupter Ukraine!



Konkret wirft der Verfassungsschutz etwa dem AfD-Fraktionsvorsitzenden Jörg Urban vor, die Ukraine als korrupt bezeichnet zu haben. Zudem habe er die zunehmende Gewalt von ausländischen Kindern an Schulen kritisiert.

Als Konsequenz aus dem angeblich steigenden Rechtsextremismus kündigte CDU-Innenminister Armin Schuster an, die Beobachtung bereits von 12-Jährigen zu prüfen.

Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Wir werden uns weder die Kritik an der korrupten Ukraine noch an der Ausländergewalt verbieten lassen. Wir brauchen in Deutschland keine Sprachpolizei. Wir brauchen Sicherheitsbehörden, die sich in

erster Linie um Gewalttäter kümmern.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/vs-bericht-gemaessigtes-auftreten-der-afd-als-beweis-fuer-rechtsextremismus-verfassungsschutz-macht-sich-selbst-laecherlich/>

Köpping bestätigt auf AfD-Anfrage entsprechenden Erlass: Für Quarantäne-Verweigerer waren 22 Plätze in der Psychiatrie vorgesehen!

„Ich verwahre mich gegen Vorwürfe, wir wollten Menschen, die sich den Quarantäneanordnungen widersetzen, in die Psychiatrie einweisen“, erklärte SPD-Sozialministerin Petra [Köpping](#) am 11. April 2020 per Pressemitteilung.

Nun musste die Ministerin auf eine AfD-Anfrage ([Drs. 8/6937](#)) von Thomas Prantl einräumen, dass es einen entsprechenden Erlass doch gab. Am 8. April 2020 wurden vier Sächsische Krankenhäuser für Psychiatrie angewiesen, „22 Plätze für die Aufnahme von Personen, die die zu dem Zeitpunkt geltenden Quarantänevorschriften nicht einhalten, (...) vorzuhalten.“

Der Erlass galt ab dem 9. April 2020. Geplant war die „Einrichtung einer vorsorglichen Quarantänestation“ für teilweise sich gesund fühlende Menschen, die lediglich die [Corona](#)-Maßnahmen als überzogen empfanden, im Krankenhaus Altscherbitz, in Arnsdorf, in Großschweidnitz und in Rodewisch.

Nach einem Sturm der Entrüstung durch entsprechende Medienberichte ruderte Petra Köpping zurück und hob den Erlass „mit sofortiger Wirkung“ am 11. April 2020 auf.



Zu den Auskünften der Kleinen Anfrage erklärt Thomas Prantl:

„Die geplante Unterbringung von Kritikern der Corona-Maßnahmen in der Psychiatrie empfinde ich als zutiefst menschenverachtend. Allein auf diesen Gedanken zu kommen, ist unfassbar. Statt ihren schwerwiegenden Fehler sofort offen einzugestehen, hat Petra Köpping nun über sechs Jahre gebraucht, um ihre Aussage vom 11. April 2020 zu revidieren.

Aus meiner Sicht besitzt die SPD-Sozialministerin nicht die Fähigkeit, in Krisensituationen angemessene und ausgewogene Entscheidungen zu treffen. Genau dazu muss eine Gesundheitsministerin jedoch in der Lage sein.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/koepping-bestaetigt-auf-afd-anfrage-entsprechenden-erlass-fuer-quarantaene-verweigerer-waren-22-plaetze-in-der-psychiatrie-vorgesehen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.6.2026

Hausexplosion mit Toten: Wusste die Regierung schon vor der OB-Wahl in Görlitz Bescheid über afghanischen und polnischen Tatverdächtigen?



Ein afghanischer und ein polnischer Tatverdächtiger sollen in Görlitz durch einen Metalldiebstahl eine Hausexplosion herbeigeführt haben, bei der drei Menschen starben. Der Fall ereignete sich mitten im Oberbürgermeisterwahlkampf. Die Öffentlichkeit wurde über die Tatverdächtigen allerdings erst nach der Wahl informiert.

Die BILD-[Zeitung](#) enthüllt nun, dass sie bereits zehn Tage vor der Wahl – am 21. Mai 2026 – die entsprechenden Informationen vorliegen hatte. Sowohl die Polizei als auch die Staatsanwaltschaft verweigerten jedoch eine offizielle Bestätigung.

Wie die BILD weiter ausführt, wurde das Innenministerium von Armin Schuster (CDU) ebenfalls bereits am 21. Mai 2026 über die Tatverdächtigen in Kenntnis gesetzt. Der tatverdächtige Afghane sitzt seit dem 21. Mai in Untersuchungshaft.

Dazu erklärt der innenpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Sebastian Wippel:

„Wir verlangen im Rechts- und im Innenausschuss eine vollständige [Aufklärung](#) aller Merkwürdigkeiten in diesem Fall. Unklar ist mir zum Beispiel, wann das sächsische Justizministerium informiert wurde. Unklar ist, ob der CDU-Kandidat Octavian Ursu bereits vor der Wahl erfahren hatte, dass die Behörden einen Afghanen und einen Polen verdächtigen.

Unklar ist auch, warum sich CDU-Innenminister Armin Schuster einerseits medienwirksam zusammen mit OB-Kandidat Ursu am Tatort zeigte, dann aber andererseits alle neuen Erkenntnisse der Öffentlichkeit vorenthielt.

Unklar ist für mich auch, warum Polizei und Staatsanwaltschaft erst Anfang Juni Augenzeugen suchten und darum baten, mögliches Videomaterial zum Tatzeitpunkt zur Verfügung zu stellen. Videoaufzeichnungen werden im Normalfall nur 48 bis 72 Stunden gespeichert und dann überschrieben oder gelöscht. Das weiß die Regierung auch und nahm trotzdem in Kauf, dass

mögliches Beweismaterial vernichtet wurde. Aus diesem Grund hätte man die Bürger aus meiner Sicht direkt nach der Tat um Mithilfe bitten müssen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/hausexplosion-mit-toten-wusste-die-regierung-schon-vor-der-ob-wahl-in-goerlitz-bescheid-ueber-afghanischen-und-polinischen-tatverdaechtigen/>

AfD-Antrag: Strafmündigkeit auf 12 Jahre senken!

Die sächsische AfD-Fraktion hat den Antrag ([Drs. 8/7240](#)) eingereicht, die Strafmündigkeit auf zwölf Jahre abzusenken, um gewalttätige Kinder und junge Intensivtäter zur Verantwortung ziehen zu können.

Dazu erklärt der rechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Dr. Volker Dringenberg:

„In Leipzig hat eine ausländische Kinderbande in den letzten Monaten über 100 Straftaten verübt. Zudem hat der Mordfall Luise für Entsetzen gesorgt. Zwei Mädchen im Alter von 12 und 13 Jahren haben mit 74 Messerstichen auf eine 12-Jährige eingestochen und sie danach mit einem Plastikbeutel erwürgt.“

Zivilrechtlich wurden die geständigen Täterinnen zu einem Schmerzensgeld verurteilt. Strafrechtlich wurden sie jedoch als schuldunfähig behandelt.

Die CDU und insbesondere auch die sächsische Justizministerin Constanze Geiert haben zuletzt mehrfach ein entschiedenes Vorgehen des Staates in solchen Fällen angekündigt, aber bisher als Regierung nicht geliefert.

Wir werden der CDU deshalb die Gelegenheit geben, gemeinsam mit der AfD die Vorschriften des Strafgesetzbuches, des Jugendgerichtsgesetzes, der Strafprozessordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechend zu überarbeiten.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-strafmuendigkeit-auf-12-jahre-senken/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.6.2026



AfD-Antrag: Junge Menschen für die Landwirtschaft begeistern! „Freiwilligen Landdienst“ einführen!

Die AfD-Fraktion fordert in einem neuen Antrag ([Drs. 8/7266](#)) die Ausweitung der Freiwilligendienste. Das „Freiwillige Ökologische Jahr“ soll in Zukunft auch als „Freiwilliger Landdienst“ in der konventionellen Landwirtschaft möglich werden.

Dazu erklärt der agrarpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Jörg Dornau:

„Bisher ist ein Freiwilliges Ökologisches Jahr nur auf zertifizierten Bio-Bauernhöfen möglich. Auch die konventionelle Landwirtschaft leistet jedoch unverzichtbare Beiträge

zur Umwelt- und Landschaftspflege. Wir fordern daher nicht mehr und nicht weniger als eine Gleichstellung aller landwirtschaftlichen Betriebe.

Einigkeit sollte darüber bestehen, dass wir das Nachwuchsproblem in der Landwirtschaft lösen müssen, um die regionale Lebensmittelproduktion zu stärken. Die Voraussetzung für eine Unternehmensnachfolge ist dabei, dass junge Menschen überhaupt erst einmal in Berührung mit der Landwirtschaft kommen.

Deshalb sollte unser Freiwilliger Landdienst an allen sächsischen Oberschulen und Gymnasien im Rahmen der Berufsorientierung auch aktiv beworben werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-junge-menschen-fuer-die-landwirtschaft-begeistern-freiwilligen-landdienst-einfuehren/>

30 % weniger Rentenbeiträge für pflegende Angehörige? Häusliche Pflege stärken statt zerstören!

Ein Gesetzentwurf von CDU-Gesundheitsministerin Nina Warken sieht vor, pflegenden Angehörigen die Rentenbeiträge um 30 Prozent zu kürzen. Allein bis 2030 will sie so 7,8 Milliarden Euro einsparen.

Dazu erklärt der sozialpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Peter Bachmann:

„Die Regierung sollte jedem Angehörigen, der seine Eltern oder Großeltern zu Hause pflegt, unendlich dankbar sein. Die häusliche Pflege trägt maßgeblich zur Entlastung der Pflegeheime bei. Sie ist deutlich günstiger und alle Pflegebedürftigen freuen sich darüber, wenn ihnen ihre Kinder oder Enkel liebevoll zur Seite stehen.

Gesundheitsministerin Warken hat der Öffentlichkeit also eine Milchmädchenrechnung präsentiert. Ihre Reform wird die Pflegekasse finanziell nicht entlasten, sondern zusätzlich belasten, weil die Gesamtkosten im Pflegeheim bei bis zu 5.500 Euro pro Monat und Person liegen.

Andere Staaten wie die Niederlande und Dänemark setzen daher konsequent auf die häusliche Pflege. Diesen Vorbildern muss Deutschland folgen. Die AfD fordert daher, alle Kürzungspläne aufzugeben und ein Landespflegefördergeld (7/5242) einzuführen, das die Gehaltseinbußen der Angehörigen – so gut es geht – ausgleicht.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/30-weniger-rentenbeitraege-fuer-pflegende-angehoerige-haeusliche-pflege-staerken-statt-zerstoeren/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.6.2026

AfD-Gesetzentwurf: Wälder vor brennenden Windrädern schützen!

In Flöha formiert sich aktuell Widerstand gegen Pläne, Windräder in den Struthwald zu bauen, berichtet die „Freie Presse“.



Passend dazu hat die AfD-Fraktion einen neuen Gesetzentwurf ([8/7242](#)) erarbeitet. Durch eine Änderung der Bauordnung soll die Errichtung von Windrädern in Wäldern mit mittlerem bis hohem Waldbrandrisiko prinzipiell untersagt werden. Die Betreiber aller genehmigten Windräder müssen zudem verpflichtet werden, automatische Löschanlagen zu installieren, um den Ausbruch von Waldbränden zu verhindern.

Dazu erklärt der regionalpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Thomas Thumm:

„Fängt ein Windrad an zu brennen, ist die Feuerwehr machtlos. Das gilt selbst für Windräder, die nur knapp über 100 Meter hoch sind. Neue Windräder ragen jedoch bis zu 260 Meter in die Höhe. Solche

Gefahrenherde in Wälder bauen zu wollen, ist unverantwortlich.

Die AfD spricht sich deshalb deutlich dagegen aus, in sächsischen Wäldern Windräder zu errichten. Die CDU hatte diese Position im Koalitionsvertrag von 2019 verankert, aber später aufgegeben. Das ist ein eklatanter Wortbruch gegenüber allen sächsischen Bürgern. Ein generelles Verbot von Windrädern im Wald, wie von der AfD vorgeschlagen, hat die CDU in der letzten Legislaturperiode abgelehnt.

Jedes Windrad im Wald benötigt übrigens eine Fläche von 3,5 Fußballfeldern – unter anderem, weil für den Aufbau neue Zufahrtswege mitten durch den Wald erforderlich sind. Diese Umweltzerstörung müssen wir stoppen!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-gesetzentwurf-waelder-vor-brennenden-windraedern-schuetzen/>



Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Positionspapier „So retten wir Deutschland“

Während Schwarz-Rot streitet, zeigt unsere Klausurtagung in Cottbus: Die AfD-Fraktion ist geschlossen, zielstrebig und bereit, Deutschland eine echte Alternative zu bieten. Wir haben einstimmig ein starkes Wirtschaftspapier für Deutschland beschlossen. 

Link: <https://www.facebook.com/photo?fbid=1507784394044086&set=pcb.1507786014043924>

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken

Neuer Rekord bei Firmenpleiten in Deutschland: Unternehmen sofort entlasten!

Die deutsche Wirtschaft schlittert tiefer in die Krise: Im ersten Quartal 2026 stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen laut Statistischem Bundesamt um 6,5 Prozent auf 6.275 Fälle. Besonders dramatisch verlief der März mit einem Plus von 15,8 Prozent. Am härtesten traf es die Bereiche Verkehr und Lagerwirtschaft, gefolgt vom Gast- und Baugewerbe. Zudem warnt Creditreform vor einer Pleitewelle im verarbeitenden Gewerbe, die zunehmend gesunde Betriebe treffen könnte. Parallel dazu wuchsen auch die Privatinsolvenzen um sechs Prozent auf fast 20.000 Fälle. Zeitgleich stiegen die Ausgaben für den Sozialstaat, nicht zuletzt durch die nach wie vor ungestoppte illegale Migration.



Diese Zahlen belegen das Scheitern der CDU-geführten Bundesregierung unter Friedrich Merz. Anstatt der heimischen Wirtschaft den Rücken zu stärken, schaut die schwarz-rote Koalition tatenlos zu, wie das Fundament unseres Wohlstands wegbricht. Wenn traditionsreiche Betriebe aufgeben müssen, droht Deutschland der dauerhafte Verlust von Arbeitsplätzen und sozialer Stabilität. Die CDU hat sich dem linken Kurs der SPD unterworfen und keine Antworten auf den rasanten wirtschaftlichen Niedergang.

Wir fordern eine sofortige Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik: Steuern und Energiepreise müssen drastisch gesenkt und die lähmende Bürokratie konsequent abgebaut werden. Nur so können wir unsere Unternehmen wirksam entlasten, Arbeitsplätze sichern und dringend benötigte Neuansiedlungen wieder attraktiv machen. Unsere Betriebe brauchen echte Unterstützung statt

leerer Versprechungen einer gescheiterten Regierung.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1523515625810747&set=a.797289411766709>



Asylzahlen weiter auf Rekordhoch: Schluss mit der Alimentierung Illegaler!

Deutschland beherbergt laut dem aktuellen UNHCR-Bericht mittlerweile 2,7 Millionen Flüchtlinge und belegt damit weltweit den zweiten Platz hinter Kolumbien. Unter den Asylanten hierzulande befinden sich 1,2 Millionen Ukrainer, 668.600 Syrer und 288.300 Afghanen. Trotz vollmundig angekündigter „Migrationswende“ durch die CDU-geführte Bundesregierung verharren die Flüchtlingszahlen weiter auf Rekordniveau.

Diese alarmierenden Daten entlarven die versprochene migrationspolitische Wende der CDU-geführten Bundesregierung als reine Propaganda. Statt die illegale Einwanderung konsequent zu

stoppen und Abschiebungen zu forcieren, kaschiert die Koalition das anhaltende Versagen durch schnelle Einbürgerungen und neue Aufenthaltstitel. Die Belastungsgrenze der deutschen Kommunen ist längst erreicht. Die Einwanderung in das deutsche Sozialsystem und die Alimentierung Illegaler muss dringend gestoppt werden.

Wir fordern daher eine sofortige Kehrtwende in der Asylpolitik durch einen echten, lückenlosen Schutz der deutschen Staatsgrenzen und die Aussetzung von Asylverfahren für Personen aus sicheren Herkunftsländern. Sachleistungen sollen Geldleistungen vollständig ersetzen, um finanzielle Fehlanreize abzubauen. Illegale Einwanderer müssen konsequent abgeschoben werden.

Eine echte Migrationswende gibt es nur mit der AfD!

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1522802682548708&set=a.797289411766709>

Halbe Milliarde Kosten durch CDU-Masken-Deals? Corona-Affäre lückenlos aufklären!

Vor dem Landgericht Bonn droht dem Steuerzahler eine neue gewaltige Corona-Rechnung von fast einer halben Milliarde Euro. Die Hamburger Textilfirma Pure Fashion Agency klagt gegen den Bund auf 287 Millionen Euro plus Zinsen, was mittlerweile eine Rekordsumme von 464 Millionen Euro ergibt. Hintergrund sind verbindliche Zusagen per E-Mail aus dem März 2020 durch den damaligen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), der zunächst bei Pure Fashion Agency Masken orderte. Später wollte er davon nichts mehr wissen und bestellte zu einem deutlichen teureren Preis Corona-Masken bei einer Schweizer Firma. Den Deal hatte eine Unionsvertraute aus Bayern eingefädelt. Nun muss das Gericht entscheiden, ob Spahns E-Mail-Verkehr mit der Hamburger Firma als Kaufvertrag zu bewerten ist.



Dieser ungeheuerliche Vorgang verdeutlicht einmal mehr das systematische Versagen einer abgehobenen politischen Kaste. Während die Bürger unter den harten Corona-Maßnahmen litten, jonglierte der heutige CDU-Fraktionschef Spahn leichtfertig mit dreistelligen Millionenbeträgen, für die nun die arbeitende Bevölkerung geradestehen muss. Das unprofessionelle und verantwortungslose Krisenmanagement der damaligen CDU-geführten Bundesregierung unter Angel Merkel auf Kosten der Allgemeinheit muss lückenlos aufgeklärt werden.

Diese Verschwendung von Steuergeldern darf nicht folgenlos bleiben. Wir fordern die sofortige und lückenlose Aufklärung der dubiosen Masken-Geschäfte durch einen Corona-Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag. Die Verantwortlichen in der Union müssen endlich für den angerichteten finanziellen Schaden zur Rechenschaft gezogen werden.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1521893592639617&set=a.797289411766709>



Neuer Erlass von Julia Klöckner: CDU verbietet Schwarz-Rot-Gold am Bundestag!

Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) hat das Zeigen von Fahnen in den Fenstern und auf den Balkonen der Abgeordnetenbüros offiziell verboten. Nach einem Einsatz der Bundestagspolizei bei AfD-Abgeordneten, die am Montag auf einem Balkon die Deutschlandfahne geschwenkt hatten, beruft sich die Verwaltung auf Paragraph 4 der Hausordnung. Das Verbot betrifft neben politischen Aktivismus-Symbolen wie der Regenbogenfahne ausdrücklich auch die deutsche Nationalflagge im Sichtfeld des Parlaments.

Dieser Vorgang offenbart eine erschreckende Entwicklung in der politischen Kultur unseres Landes. Indem die CDU-geführte Verwaltung die schwarz-rot-goldene Bundesflagge mit den Symbolen des woken Lobbyismus gleichsetzt, entwertet sie das staatliche Identifikationssymbol unserer Nation. Die Union ist offensichtlich so weit nach links gerückt, dass sie die eigenen Nationalfarben lieber aus dem Sichtfeld des Parlaments verbannt, anstatt stolz zu unserer Identität zu stehen.

Wir als Alternative für Deutschland fordern ein schnelles Ende dieser absurden Gleichstellung von staatlichen Symbolen und politischem Aktivismus. Die Deutschlandfahne repräsentiert unsere Heimat und unsere demokratische Grundordnung, sie darf im eigenen Parlament niemals verboten werden. Wir verlangen die sofortige Freigabe der Nationalfarben an allen Fenstern des Bundestages als Zeichen des Respekts vor den Bürgern und vor unserer Heimat.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1521821782646798&set=a.797289411766709>

Importierter Hass auf unseren Straßen: Nur die AfD sorgt für Sicherheit!

Die neue Kriminalitätsstatistik der CDU-geführten Bundesregierung offenbart ein verheerendes Bild für 2025. Mit insgesamt 85.837 politisch motivierten Straftaten wurde im vergangenen Jahr ein historischer Höchststand erreicht. Besonders erschreckend ist der Anstieg bei der Hasskriminalität auf 22.159 Fälle, worunter auch antisemitische Straftaten mit 6.548 Delikten einen traurigen Rekordwert verzeichnen. Erstmals entfallen dabei über 2.000 Taten auf den Bereich der ausländischen Ideologie. Auch die Gewalt gegen Frauen stieg seit 2022 massiv auf 819 Fälle an. Die Zahl linksextremer Straftaten explodierte um 42,6% und erreichte den Höchstwert von 1.087 registrierten Übergriffen.



Diese Zahlen belegen das Versagen von Innenminister Alexander Dobrindt (CSU), der trotz vollmundiger Versprechungen die innere Sicherheit nicht gewährleisten kann. Es wird überdeutlich, dass der grassierende Antisemitismus, die Frauenfeindlichkeit und der Hass auf Homosexuelle zu einem erheblichen Teil durch unkontrollierte Migration importiert werden. Die Bürger zahlen den Preis für eine verfehlte Politik, die die Gefahren des islamistischen Terrors und ausländischer Ideologien bewusst verharmlost.

Wir fordern eine sofortige, radikale Wende in der Migrationspolitik und den konsequenten Schutz unserer Landesgrenzen. Nur durch strikte Kontrollen und die Abschiebung krimineller Gefährder lässt sich die Sicherheit im Land wiederherstellen. Die AfD steht als einzige politische Kraft für den echten Schutz aller Bürger und Minderheiten durch die konsequente Durchsetzung von Recht und Ordnung.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1521174376044872&set=a.797289411766709>



CDU in Panik: Wählerpotential inzwischen bei 35% !

Die neueste INSA-Umfrage sorgt für ein politisches Beben und versetzt die Union in helle Aufregung. Die AfD liegt mit 29% in der Wählergunst nicht nur klar vor der CDU, sondern hat die Christdemokraten auch bei einem weiteren brisanten Kernwert überholt. Erstmals liegt das Wählerpotential der AfD vor der CDU. Diese Entwicklung zeigt deutlich, dass sich die Gewichte in Deutschland massiv verschieben und die etablierten Kräfte spürbar an Rückhalt bei den Wählern verlieren.

Die Ursachen für diesen Absturz der Union liegen auf der Hand. Die Bürger haben genug von den ständigen Scheindebatten, die von der CDU geführt werden, während die realen Probleme im Land ungelöst bleiben. Ob bei innerer Sicherheit, ungesteuerter Migration oder der wirtschaftlichen Talfahrt: Kosmetische Korrekturen und Sonntagsreden reichen den Menschen nicht mehr aus, die tagtäglich die Folgen dieser verfehlten Politik spüren.

Es braucht jetzt eine grundlegende politische Wende, die nur mit einer starken Kraft realisiert

werden kann. Die AfD erweist sich als die einzig verbliebene Alternative für eine vernünftige Politik im Sinne der Bürger. Nur durch einen konsequenten Kurswechsel lässt sich der Niedergang unseres Landes stoppen und eine echte, sichere Zukunftsperspektive für uns alle schaffen.

Die AfD wirkt!

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1521082112720765&set=a.797289411766709>

Kanzlerin der Herzen: Alice Weidel beliebteste Politikerin

Ein neues Politikerranking des Meinungsforschungsinstituts INSA belegt den massiven Vertrauensverlust der regierenden schwarz-roten Koalition unter Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU). Während die Vertreter der etablierten Parteien in der Gunst der Bürger drastisch abstürzen, gewinnt die AfD-Bundessprecherin Alice Weidel deutlich an Zustimmung. Die Oppositionsführerin ist derzeit die beliebteste Politikerin in Deutschland vor Julia Klöckner (CDU). Auch bei der Frage nach einer Direktwahl des Kanzlers hat Alice Weidel die Nase vorn: Für sie würden sich 33% der von INSA Befragten entscheiden, lediglich 22% votierten für Amtsinhaber Merz.



Diese Entwicklung überrascht kaum, da immer mehr Bürger die leeren Versprechungen der Altparteien in der Migrations- oder Wirtschaftspolitik endgültig satt haben. Das Kabinett aus CDU und SPD verwaltet nach Ansicht vieler Beobachter lediglich den Niedergang des Landes, anstatt die drängenden Probleme an den Grenzen und in der Wirtschaft entschlossen anzupacken. Dieser Vertrauensbruch führt zu einer tiefen Entfremdung zwischen den Bürgern und der politischen Führung.

Einen echten und spürbaren Politikwechsel für Deutschland kann es nur mit der AfD geben. Wir fordern das sofortige Ende der gescheiterten schwarz-roten Politik und den Beginn einer konsequenten Kehrtwende für unser Land. Nur mit einer starken AfD und einer Kanzlerin Alice Weidel bekommt Deutschland die dringend benötigte Stabilität, Souveränität und Sicherheit zurück.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1521019576060352&set=a.797289411766709>



Flaggen-Skandal im Bundestag: Welche Fahne ist deine?

Skandal im Bundestag: Während einer Demonstration am Montag gegen die Politik der Bundesregierung unter Friedrich Merz (CDU) im Berliner Regierungsviertel schwenkten AfD-Abgeordnete als Zeichen ihrer Solidarität eine deutsche Nationalflagge vom Balkon ihres Bürogebäudes. Daraufhin rückte die bewaffnete Bundestagspolizei an, um das Zeigen von Schwarz-Rot-Gold mit Verweis auf eine angebliche Verletzung der Hausordnung zu unterbinden. Zeitgleich hingen aus den Fraktionsbüros der Grünen ungehindert Regenbogenfahnen.

Dieser Vorfall offenbart erneut eine unerträgliche Doppelmoral im Herzen der deutschen Demokratie. Während das Zeigen der eigenen Nationalflagge durch Bundestagsabgeordnete kriminalisiert werden soll, hängen in den Fenstern der anderen Fraktionen ungestört bunte Regenbogenfahnen. Hier wird offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen, um patriotische Volksvertreter zu schikanieren und den friedlichen Protest der Bürger auf der Straße unsichtbar zu machen.

Als AfD fordern wir das sofortige Ende dieser absurden Willkür und die uneingeschränkte Achtung unserer Nationalsymbole im gesamten Bundestag. Ideologische Flaggen müssen aus den Fenstern des Parlaments verschwinden, während Schwarz-Rot-Gold als Symbol unserer Identität und Freiheit überall stolz gezeigt werden darf. Wir stehen an der Seite der Bürger für Gerechtigkeit und echte demokratische Grundwerte.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1520927992736177&set=a.797289411766709>

Migranten-Gang jagt deutsche Mädchen: Kriminelle Ausländer sofort abschieben!

In deutschen Großstädten wie Berlin oder Hamburg gehört sexualisierte Gewalt von Migranten-Gangs gegen Frauen und Mädchen längst zum traurigen Alltag. Mittlerweile finden derartige Übergriffe nach Schulschluss auch andernorts statt: Nach wie vor kriminalisiert eine Gruppe von Migranten den Nelson-Mandela-Platz in der Nähe des Nürnberger Hauptbahnhofs. Die Behörden gehen davon aus, dass die Tatverdächtigen immer wieder Mädchen mit Geschenken wie Kleidung und Kosmetik umwerben und anschließend mit harten Drogen wie Chrystal Meth abhängig machen. Sobald die jungen Frauen süchtig nach der Droge werden, sollen sie diese nur noch gegen Geld oder sexuelle Handlungen erhalten.



Die Nürnberger Polizei hat eine Sonderkommission eingerichtet und Ermittlungen gegen eine Gruppe von kriminellen Migranten aufgenommen, die aus Syrien, Nordafrika und Pakistan stammen. Sie sollen über einen längeren Zeitraum mehrere Mädchen systematisch sexuell ausgebeutet und vergewaltigt haben. Das jüngste Opfer der Migrantenbande ist den Angaben nach erst 13 Jahre alt. Nur ein Tatverdächtiger befindet sich momentan in Untersuchungshaft.

Die Vorfälle zeigen erneut die große Diskrepanz zwischen den vollmundigen Versprechungen der Merz-Regierung hinsichtlich einer „Wende in der Migrationspolitik“ und der Realität auf den Straßen und Plätzen in Deutschland. Es kann nicht sein, dass die Polizei im CSU-geführten Bayern seit Wochen das Problem nicht in den Griff bekommt.

Wir fordern, unsere Kinder und Jugendlichen zu schützen, Drogen- und Sexualdelikte konsequent zu bestrafen und kriminelle Ausländer unverzüglich abzuschieben!

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1520310892797887&set=a.797289411766709>



CDU für staatliche Zensur: Angriff auf die Meinungsfreiheit stoppen!

Die CDU fordert staatliche Vorgaben für die Sichtbarkeit von Inhalten in sozialen Medien. Die Kieler Staatskanzlei von Schleswig-Holsteins CDU-Ministerpräsident Daniel Günther unterstützt den sogenannten Public-Value-Gedanken, bei dem staatliche Medienanstalten definieren, welche Beiträge als wertvoll gelten. Während bisher Algorithmen über die Reichweite entscheiden, sollen künftig regierungsnahen Inhalte den Vorzug erhalten. Die Landesmedienanstalten planen, einzelne Beiträge zu bevorzugen. Im Gespräch ist eine gesetzliche Quote, die Social Media-Plattformen dazu zwingt, staatlich definierte Inhalte im Feed der Nutzer anzuzeigen.

Diese Pläne der CDU markieren einen direkten Angriff auf die Meinungsfreiheit und das Ende der Demokratie im Netz. Wenn der Staat festlegt, was als verlässlicher Inhalt gilt, findet eine massive Gängelung des öffentlichen Diskurses statt. Die Angst der Regierung vor abweichenden Meinungen darf nicht zu einer staatlich gelenkten Meinungsdictatur führen, die den freien Austausch im Netz untergräbt und den demokratischen Wettstreit der Ideen gezielt ausschaltet.

Die AfD lehnt diese staatliche CDU-Zensurpolitik entschieden ab. Die Bürger sind mündig genug, um selbst zu entscheiden, welche Quellen sie konsumieren. Anstatt die Meinungsbildung zu bevormunden, müssen die Social Media-Plattformen von staatlichen Eingriffen freibleiben. Die Politik darf nicht bestimmen, welche Nachrichten Sichtbarkeit erhalten. Wir fordern das sofortige Ende aller Pläne für eine derartige staatliche Steuerung. Die im Grundgesetz garantierte Presse- und Meinungsfreiheit darf nicht angetastet werden!

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1520204136141896&set=a.797289411766709>

Milliarden im Müll versenkt: Masken-Affäre sofort aufklären!

Neue Zahlen enthüllen: Der finanzielle Schaden durch Jens Spahns Masken-Affäre während der Corona-Pandemie ist größer als bisher angenommen. Für rund sechs Milliarden Euro hatte der damalige CDU-Bundesgesundheitsminister übertriebene Schutzmasken eingekauft, von denen nicht einmal die Hälfte an die Bevölkerung verteilt wurde. Für Lagerung und Beseitigung fallen bis heute weitere Millionen an Kosten an.

Aktuell lässt Spahns Nachfolgerin Nina Warken (CDU) über zweitausend Tonnen an minderwertigen Masken, Schutzbrillen und Spritzen vernichten, da diese nicht mehr verkehrsfähig sind. Allein die Einlagerungskosten in Ulm beliefen sich auf 47 Millionen Euro jährlich, was sich bereits auf rund 200 Millionen Euro summiert hat. Weitere 70 Millionen Euro für die Entsorgung bis 2027 kommen hinzu. Für den Abtransport des Corona-Mülls müssen 87 Lkw bereitgestellt werden.

Dieses beispiellose Ausmaß an Steuergeldverschwendung verdeutlicht die Arroganz und Inkompetenz der Verantwortlichen. Während der Bürger unter den Folgen einer verfehlten Politik leidet, werden Millionen an hart erarbeiteten Steuergeldern einfach verbrannt. Es ist bezeichnend, dass Jens Spahn für diese finanzielle Katastrophe nie zur Rechenschaft gezogen wurde, sondern heute als Fraktionsvorsitzender der Union eine der mächtigsten Positionen im deutschen Bundestag bekleidet.

Wir fordern einen sofortigen Corona-Untersuchungsausschuss im Bundestag! Die Verantwortlichen müssen für diesen gigantischen Schaden und den leichtfertigen Umgang mit dem Eigentum der Bürger zur Verantwortung gezogen werden. Es braucht eine Politik, die sorgsam mit den Mitteln der Steuerzahler umgeht, statt Milliarden in die Müllverbrennung zu schicken.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1520094306152879&set=a.797289411766709>



Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

Klößner verbietet nach außen sichtbare Deutschlandfahnen

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/kloekner-verbietet-nach-aussen-sichtbare-deutschlandfahnen/>

Sexpuppe in Steinmeiers Amtssitz? Schloss Bellevue zeigt zeitgenössische Kunstwerke

<https://weltwoche.ch/daily/sexpuppe-in-steinmeiers-amtssitz-schloss-bellevue-zeigt-zeitgenoessische-kunstwerke/>

Potsdamer Treffen: Ermittler fanden nicht einmal einen Anfangsverdacht

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/potsdamer-treffen-ermittler-fanden-nicht-einmal-einen-anfangsverdacht/>



Video-Empfehlungen

Alice Weidel rechnet mit der kompletten politischen Klasse ab! | AfD-Fraktion im Bundestag
<https://www.youtube.com/watch?v=JcNsyQbxSbg>

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag
<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV
<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD
<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament
<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio Klartext

<https://www.youtube.com/@radioklartext>

Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft

<https://kontrafunk.radio/de/>

NIUS – Die Stimme der Mehrheit

<https://nius.de/>

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung

<https://ostdeutscheallgemeine.com/>

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen
www.afdbautzen.de/



www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/
www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093
t.me/afdkreisverbandbautzen
www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de
t.me/karstenhilsepolitiker
www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/
www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen
www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861
www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de
t.me/frankpeschel
www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL
instagram.com/doreenschwietzer_afd
www.doreen-schwietzer.de
t.me/schwietzer
twitter.com/SchwietzerMdL

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53

www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz
www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/
www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

www.afd-hoyerswerda.de/
www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/
www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda
www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219

AfD Oberlausitz

www.facebook.com/AfDOberlausitz
www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
t.me/oliverhelbing
www.tiktok.com/@afdoberlausitz



Ortsgruppe Cunewalde

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

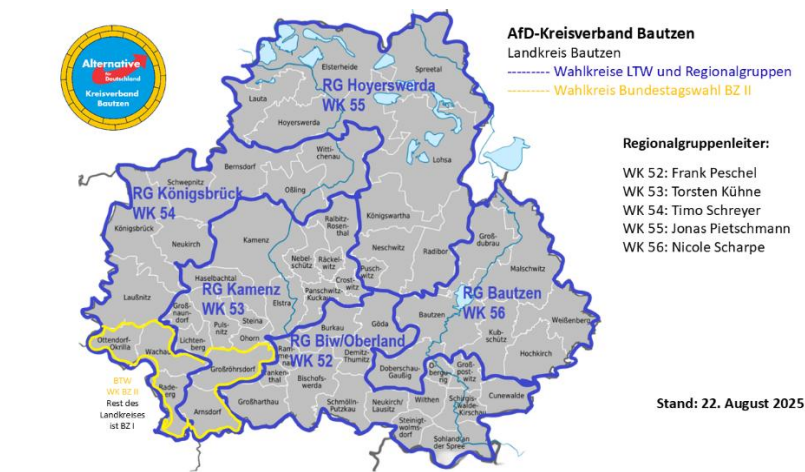
www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Regionalgruppen im KV Bautzen



SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremlinger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen